

## Repression oder Demokratie?

In Hamburgs Innenstadt, auf St. Pauli und den angrenzenden Stadtvierteln, hat die Polizei ein Gefahrengbiet eingerichtet. Damit ermächtigt sie sich selbst, "verdachtsunabhängig", (tolles Synonym für "willkürlich") Personen zu kontrollieren, zu durchsuchen, in Gewahrsam zu nehmen oder ihnen zu verbieten, sich dort aufzuhalten.

Diese Aktionen bedürfen keines richterlichen Beschlusses, sondern liegen völlig im Ermessen der Polizisten. Zu den "Zielgruppen" der Kontrollen gehören laut einer Antwort auf eine kleine Anfrage der LINKEN unter Anderen: „Personen, die augenscheinlich dem linken Spektrum zuzurechnen sind.“

Wer also beim Partymachen auf dem Kiez einen Antifa-Aufnäher trägt oder nur zufällig schwarz gekleidet ist, könnte ins Visier geraten. Auch sonst gilt: Der Typ in Uniform ist immer im Recht, gib keine Widerworte, sei nie unfreundlich, erwecke auch nie nur den Anschein, links zu sein. Er kann dich zumindest potentiell aus der Innenstadt verbannen oder gleich mitnehmen. Diese Drohung zumindest ist omnipräsent. Auch die Unterstützung der Flüchtlinge, die in diesem Gebiet sind, dürfte so massiv erschwert werden. Denn entscheidend ist nicht einmal, ob

die polizeilichen Maßnahmen angewandt werden: Die bloße Möglichkeit, verbunden mit der massiven Präsenz hochgerüsteter Einheiten, schafft ein Klima der Angst, das massiv einschüchtern soll. Das nennt man einen Polizeistaat.

Diesen Zustand konnte die Polizeiführung selbst ausrufen und hat dies nun für unbestimmte Zeit getan – von Gewaltenteilung keine Spur. Das Gesetz hat 2005 übrigens noch die CDU eingeführt, und weder die Grünen, die danach mit der CDU regiert haben, noch die jetzt allein regierende SPD haben was daran geändert.

So reagiert ein repressiver Staat auf die zugespitzten Konflikte in der Stadt: Die Bewegung für die Lampedusa-Flüchtlinge, der Kampf um das Recht auf Stadt, beispielhaft um die Esso-Häuser und die Rote Flora, stehen sinnbildlich für die sozialen Bedürfnisse der Menschen, die der Senat nicht realisieren will. Stattdessen wird die

Lage fortwährend eskaliert: Die Flüchtlinge wurden rassistischen Kontrollen ausgesetzt, die Esso-Häuser kurz vor Weihnachten wegen (realer oder vorgeblicher) Einsturzgefahr zwangsgeräumt, nachdem sie unter Aufsicht der Behörden von den Eigentümern verfallen gelassen wurden, um neue hochpreisige Wohnungen errichten zu können. Als i-Tüpfelchen wurde dann noch die Zwangsäumung zum Abriss der Roten Flora ins Spiel gebracht.

Was keinen Profit bringt, soll kein Existenzrecht haben, damit der privat angesammelte Reichtum nicht in Frage gestellt und zur Erfüllung

sozialer Bedürfnisse herangezogen wird.

Wenn in Reaktion auf Übergriffe gegen Polizisten ein Gefahrengbiet errichtet wird, das die Einwohnerzahl einer Großstadt hat, um angeblich Beamte zu schützen, ist das heuchlerisch: Diese Maßnahme ist nämlich völlig ungeeignet, um Beamte zu schützen. Stattdessen wird ein

Klima der Angst erzeugt, das die Menschen einschüchtert, ihre berechtigten Anliegen weiter gemeinsam zu vertreten. Im Gefahrengbiet herrscht natürlich auch Demonstrationsverbot: Am 5.1. wurden bei einer

Spontandemo gegen das Gefahrengbiet 40 Perso-

nen in Gewahrsam genommen. Nebenbei wurde am Morgen des gleichen Tages auch noch das Occupy-Camp in Hamburg geräumt.

Ein demokratischer Staat würde diese Anliegen ernst nehmen, den Flüchtlingen ihr Recht auf Asyl garantieren

und ein Recht auf Wohnraum umsetzen. Werden diese Grundrechte missachtet und stattdessen auf Gewalt gesetzt, ist Widerstand angebracht. Lasst euch nicht einschüchtern, bleibt solidarisch, passt aufeinander auf und kämpft weiterhin für

Bleiberecht für alle Flüchtlinge!  
Recht auf Stadt für alle!

Flora bleibt unverträglich!

„5,6,7,8, Bullenstaat!“

Albumtitel, Die Ärzte



Banner von Bewohnern des Gefahrengbiets Altona

### Demonstration:

"Don't let the system get you down"

Gegen Gefahrengbiete  
Für Freiräume, Flora,  
sozialen Wohnungsbau  
und Bleiberecht für alle  
Montag 13.01.2014  
um 16 Uhr vor dem  
Hauptgebäude

Bei den Wahlen zum Studierendenparlament 2014/15 kandidieren wir auf

**Alternative Linke - REGENBOGEN und FACHSCHAFTSBÜNDNIS**

Liste

3

www.FACHSCHAFTSBÜNDNIS.de

**REGENBOGEN  
ALTERNATIVE LINKE**  
Hochschulgruppe an der Universität Hamburg